



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule und Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 30.10.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule und Kultur  
am Donnerstag, 07. November 2013, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 26.09.2013

### Bereich Schule:

2. **13-V-05-0009**

DL 51/13-1

Wiesbadener Netzwerk für Hochbegabtenförderung

3. **13-F-03-0122**

IVM-Studie Radverkehr Schulen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2013 -

Im Auftrag des IVM Rhein-Main wurde im Sommer 2013 eine Studie zum Schüler Radroutennetz Rhein-Main erstellt. In diesem Rahmen verfasste das beauftragte Planungsbüro auch zahlreiche „Steckbriefe Radverkehr“ für die Wiesbadener Schulen.

Die Ausweitung des Radverkehrs für Schülerinnen und Schüler hat viele Vorteile. Junge Menschen gewöhnen sich an eine gesundheitlich und ökologisch sinnvolle Fortbewegungsart.

Das, laut einer im Auftrag des ADAC erstellten wissenschaftlichen Studie, gefährliche „Elterntaxi“ kann vermieden werden. Die Studie kommt zu dem Fazit, dass Kinder umso sicherer sind, je weniger „Elterntaxis“ vor den Schulen Halt machen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die IVM-Studie zum Radverkehr auf Schulwegen in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Schule und Kultur und Planung, Bau und Verkehr vorzustellen.
2. die Empfehlungen der Steckbriefe in das zu erstellende Radverkehrskonzept einfließen zu lassen.
3. im neuen Verkehrsentwicklungsplan sichere Schulwegen (zu Fuß und mit dem Rad) als einen der Schwerpunkte zu betrachten und ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
4. bei zukünftigen Planungen/Sanierungen von Schulgebäuden die lt. Stellplatzsatzung erforderliche Anzahl von Fahrradabstellplätzen vorzusehen. Darüber hinaus sollten die Radabstellanlagen diebstahl- und regensicher gestaltet werden.

#### 4. 13-F-08-0082

Schulabschlüsse in der Landeshauptstadt Wiesbaden - Förderung zur Erreichung eines qualifizierten Abschlusses  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.10.2013 -

Im Monitoring zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden 2013 wird festgestellt, „dass seit 2005 Jahr für Jahr weniger Abgänger die Schule ohne Abschlusszeugnis verließen“ (S.8). In einer Graphik (auf S.9) wird diese Entwicklung veranschaulicht. Aus dieser ist allerdings nicht ablesbar, um wie viele Schülerinnen und Schüler es sich jeweils handelt.

Da erfolgreiche Schulabschlüsse nicht zuletzt ganz erheblich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen, sollten - auch seitens der Stadt - die Anstrengungen gesteigert werden, möglichst allen Schülerinnen und Schülern möglichst qualifizierte Abschlüsse zu ermöglichen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Abschlüsse erzielten wie viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger im letzten Schuljahr (2012/13) jeweils im Vergleich zu den vorangegangenen drei Schuljahren?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler verließen die Wiesbadener Schulen ohne einen qualifizierten Abschluss?
3. Welche speziellen Fördermöglichkeiten der Stadt gibt es für Schülerinnen und Schüler, die Gefahr laufen, ohne einen qualifizierten Abschluss die Schule zu verlassen?
4. Gibt es seitens der zuständigen Dezernate Überlegungen, wie diese Schüler zusätzlich gefördert werden können?

**5. 13-F-08-0083**

Zahlungsabwicklung bei Klassen- und Kursfahrten städtischer Schulen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.10.2013 -

Seit Jahrzehnten gibt es in den Schulen diverse Verfahrensweisen, den Zahlungsverkehr bei Klassen- und Kursfahrten abzuwickeln: Klassenleitungen richten hierfür besondere Konten ein, Elternvertreter/innen werden diesbezüglich tätig u. a.  
Auch im Hinblick auf die Gewährung von Leistungen zu „Bildung und Teilhabe“ ist ein einheitliches Verfahren sinnvoll.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat die Schulen, die Schülerinnen und Schüler bzw. ihre Eltern bezüglich der Zahlungsabwicklung bei Klassen- und Kursfahrten zu unterstützen und für alle städtischen Schulen Wiesbadens eine praktikable Verfahrensweise zu installieren.

**Bereich Kultur:**

**6. 13-F-08-0084**

Kostenlose Nutzung der städtischen Bibliotheken  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.10.2013 -

Am 15. August 2012 wurde folgender Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN in die Beratungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit eingebracht:

„Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz sowie Personen mit Niedrigeinkommen, wie in den Kommunen Berlin, Fürstenwalde, Soest, Bad Oldesloe, Ulm u.a., von jeglichen Nutzungskosten, die im Zusammenhang mit der Nutzung der städtischen Bibliotheken stehen, befreit werden. Dies beinhaltet auch die Leihgebühr für CDs und DVDs und Vormerkungen. Leistungsberechtigten wird ein Freikontingent von 25 Euro pro Jahr für Fotokopien und Ausdrücke eingeräumt.“

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit an den Ausschuss für Schule und Kultur überwiesen, dort am 8. November 2012 beraten und „durch den Bericht und die Aussprache“ für „erledigt“ erklärt. Die zuständige Dezernentin hatte zuvor berichtet, es werde eine neue Gebührenordnung erarbeitet, die bei Eröffnung der Stadt- und Musikbibliothek (geplant zum Jahreswechsel) in Kraft treten soll.

Im Hinblick auf die für Januar 2014 angekündigte Eröffnung der neuen Stadtbibliothek wurde von der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 7. März 2013 folgender Antrag gestellt: „Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht geben

- zum geplanten Umzug der städtischen Bibliotheken und
- zur neuen Gebührenordnung und insbesondere zur Frage, ob beabsichtigt ist, dem Anliegen des o. g. Antrages Rechnung zu tragen.“

Zum geplanten Umzug der Stadtbibliothek wurde dem Ausschuss berichtet, dass die Vorbereitungen hierfür im Zeitplan liegen, dass im 2. Halbjahr vom Magistrat der Entwurf einer neuen Gebührenordnung vorgelegt werde, der zur Eröffnung der neuen Stadtbibliothek in Kraft treten solle, und dass im Rahmen dieser neuen Gebührenordnung das Anliegen des Antrags

aufgegriffen werden soll. Da seitens des Magistrats bislang kein Entwurf einer neuen Gebührenordnung vorgelegt wurde, stellt die Fraktion LINKE&PIRATEN den Antrag:

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht geben

- zum geplanten Umzug der städtischen Bibliotheken,
- zur angekündigten neuen Gebührenordnung und
- insbesondere zur Frage, ob beabsichtigt ist, dem Anliegen der Anträge „Kostenlose Nutzung der städtischen Bibliotheken“ der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 15.8.12 bzw. 26.2.13 Rechnung zu tragen.“ und wann mit der Vorlage eines Entwurfes für eine neue Gebührenordnung zu rechnen ist.

7. **13-V-41-0015**

**DL 40/13-5**

Gründung der Stiftung Stadtmuseum

8. **13-F-03-0111**

**ANLAGE**

Spielstättenbericht Freie Bühnen

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur vom 16.09.2013-

Die Beratung erfolgt ggf. in nicht öffentlicher Sitzung. Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 05.11.2013.

9. Verschiedenes

## **Tagesordnung II**

1. **13-V-05-0010**

**DL 51/13-2**

Ergebnisse der Elternbefragung G8/G9

2. **13-V-41-0021**

**DL 51/13-7, 49/13-3**

Wiesbadener Kunstsommer 2014 - Arbeitstitel: "Brückenschlag-Bridging"

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Schickel**  
**Vorsitzender**